

# Vogtletter

## In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 macht die **Mobile Jugendarbeit in Plauen mobil**.

Mit den **Agenda-Gewinnern** beschäftigt sich Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf Seite 2.

Außerdem geht es auf dieser Seite um eine **vertane Chance bei der Erhaltung der Kreisfreiheit Plauens** und die **Verabschiedung eines Gesetzes im Zuständigkeitsbereich** von Rolf Schwanitz.

Auf Seite 3 geht es um die **Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit im Vogtland** und um die Frage, wie Menschen **gesund älter** werden.

Von ihrem **Berlinbesuch** berichtet der Werkstatttratt der **Lebenshilfe Reichenbach e.V.** auf Seite 4. Zudem ist dort ein Bericht zum **1. Mai** zu finden.

Vom **Start der papierlosen Visite** wird auf Seite 5 berichtet. Hier kann man sich auch über die **EU-Osterweiterung** ärgern.

Auf der letzten Seite schließlich geht es um den Reichenbacher Verein Leuchtturm e.V. Außerdem machen sich hier die **frechen Strolche** Gedanken über die Plauener Kreisfreiheit. Und selbstverständlich ist dort auch wieder der Termin der nächsten **Bürgersprechstunde** zu finden.

## Beim Geld von der Familie lernen!

von Rolf Schwanitz

Man muss sich schon wundern. Kaum ziehen Wachstum und Steuereinnahmen wieder an, haben einige in Politik und Presse jedes Gespür für eine verantwortbare Haushaltspolitik verloren. Die Schätzer sagen 180 Mrd. Euro an Steuermehreinnahmen voraus, allein für den Bund davon 87 Mrd. Das sind gute Zahlen. Und schon geht es los, frei nach dem Motto "Wünsch Dir was!". Jeder hat passende Wünsche parat, macht Vorschläge, wofür das Geld am besten auszugeben ist. Natürlich kann man daran erinnern, dass allein beim Bund bis Ende 2006 die unvorstellbare Zahl von 917 Mrd. Euro Schulden aufgelaufen sind und noch immer neue Kredite hinzu kommen. Jährlich müssen rund 40 Mrd. allein für Zinsen gezahlt werden. Das ist mehr, als wir für die Arbeit der Bundesministerien des Innern, der Finanzen, Wirtschaft und Technologie, Ernährung und Landwirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Familie sowie Bildung und Forschung zusammen ausgeben. 40 Mrd. Euro allein für Zinsen, das sind rund 4,6 Mio. Euro pro Stunde an jedem Tag im Jahre 2007. Aber solche Zahlen sind in Wirklichkeit nicht fassbar. Sie sprengen unser aller Vorstellungsvermögen und machen uns deshalb blind für die tatsächliche finanzielle Lage des Bundes. Es macht deshalb Sinn, diese Zahlen ins tägliche Leben zu transportieren. Stellen wir uns also eine Familie vor mit einem Jahresnettoeinkommen von 24.700 Euro und einem Ausgabevolumen von 27.000 Euro. Natürlich berät der Familienrat intensiv, wie die Differenz von 2.300 Euro im Verlauf des Jahres gedeckt werden kann. Dies umso mehr, als unsere Familie noch einen Kredit für ihr Einfamilienhaus in Höhe von insgesamt 92.000 Euro zurück zu zahlen hat. Nun geht die Tür auf und der Vater berichtet, dass für Ende des Jahres eine Lohnerhöhung um 870 Euro angekündigt wurde. Natürlich ist da die Freude groß. Aber kein vernünftiger Mensch käme in dieser Situation auf die Idee, diese Summe auf den Kopf zu hauen. Deshalb muss gelten: Was in der Familie vernünftig ist, kann für den Staat nicht falsch sein. Der Abbau von Krediten und Schulden hat für den Bund oberste Priorität.

### Entstehung der Schulden

Die Schulden des Bundes beliefen sich bis Ende 2006 auf eine Gesamtsumme von 917 Mrd. Euro. Die Entstehung dieser Schulden verteilt sich in der Geschichte der Bundesrepublik höchst unterschiedlich. Vor allem die im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit in der Zeit von Kanzler Kohl entstandenen Kosten wurden massiv durch Schulden und zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme finanziert. Von den 917 Mrd. Euro Gesamtschulden sind 28 Prozent in den vier Jahrzehnten bis 1989 entstanden, 53 Prozent sind den acht Jahren nach 1990 unter Kanzler Kohl und 19 Prozent der Zeit ab 1999 zuzurechnen.

## Initiative Berufsakademie Plauen weiter aktiv



Die vom Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz ins Leben gerufene Initiative für den Ausbau der Studienakademie Plauen ist weiter aktiv. Zusammen mit dem Oberbürgermeister der Stadt Plauen, Ralf Oberdorfer, den Landtagsabgeordneten Bräunig und Heidan, den IHK-Geschäftsführern Wunderlich und Barth sowie Prof. Klaußner gelang im vergangenen Jahr mit der Verankerung des Standortes Plauen im Sächsischen BA-Gesetz der bisher wohl größte Erfolg

dieser Gruppe. Nun haben sich die Mitglieder der Initiative auf Einladung von Schwanitz mit der zuständigen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Dr. Eva-Maria Stange, getroffen. Bei diesem Termin wurden im Ministerium vor allem Fragen der personellen sowie finanziellen Ausstattung der Studienakademie erörtert. Die Initiative setzt sich nachhaltig ein für eine Stärkung des Standortes Plauen und für weitere Erweiterungsschritte. "Solche Termine machen Mut und sind wichtig für Plauen und die gesamte Region", so Schwanitz am Ende der Unterredung.

## "MJA macht mobil!"

Bei einem Besuch der Mobilen Jugendarbeit (MJA) in Plauen am 3. Mai informierte sich Rolf Schwanitz über aktuelle Probleme und Entwicklungen bei der Arbeit mit Jugendlichen. Die MJA in Plauen hat seit 15 Jahren ein offenes Ohr für die Probleme von Jugendlichen. Arbeitsinhalte der MJA sind Streetwork, Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit, die Kooperation mit zwei Plauer Mittelschulen und das Projekt "Teeküche", welches für von besonderer Armut und Perspektivlosigkeit betroffene Jugendliche Angebote vorhält. Bei ihrer Tätigkeit gehen die 4 Mitarbeiterinnen gezielt an Orte und Treffpunkte von Jugendlichen, um zu ihnen Kontakt herzustellen. Sie werden nicht nur in ihrer Freizeit begleitet, sondern ihnen wird vielfältige Unterstützung bei allen Alltagsproblemen angeboten. Beim Besuch von Schwanitz wurde unter anderem das Projekt "MJA macht mobil!" vorgestellt. Im Rahmen dieses Projektes soll anlässlich des 15-jährigen Bestehens



Mobile Jugendarbeit in Plauen

Einblick in die Arbeit der MJA gegeben, Erwachsene für die Probleme und Anliegen der Jugend sensibilisiert, das MJA-Netzwerk mobilisiert und neue Partner gewonnen werden. Hinzuwies wurde Rolf Schwanitz auch auf das bunte Sommerfest der MJA am 20. Juli ab 15 Uhr auf dem Theaterplatz in Plauen. Ein Highlight dabei wird der 1. Plauer Bandcontest ([www.plaener-bandcontest.de](http://www.plaener-bandcontest.de)), beginnend ab 20.00 Uhr, sein. Mitmachen und mitwirken

ist erwünscht! Weitere Infos zur MJA: [www.mja-plauen.de](http://www.mja-plauen.de)

### Die vertane Chance

Trotz intensiver Bemühungen der Landtagsabgeordneten Bräunig (SPD) und Heidan (CDU) bei ihren Kollegen ist es vor der Beschlussfassung der sächsischen Staatsregierung nicht zu einem gemeinsamen Gespräch der vogtländischen Landtagsabgeordneten mit Innenminister Buttolo gekommen. Ein solches gemeinsames Handeln der Landtagsabgeordneten hatte Rolf Schwanitz unlängst im Vorfeld der bevorstehenden Sitzung des sächsischen Kabinetts angemahnt. Durch dieses "Aussitzen" der vogtländischen Landtagsabgeordneten wurde die entscheidende Chance zur Durchsetzung des vogtländischen Weges und zur Sicherung der Kreisfreiheit vertan.

Gesetzesvorhaben, für die Rolf Schwanitz verantwortlich ist, sind das Gewebegesetz, das Gesetz zur Errichtung einer Deutschen Arzneimittel- und Medizinprodukteagentur und das Präventionsgesetz.

## Kurz kommentiert

### Die Agenda-Gewinnler

Wie haben sich die Dinge doch verändert. Für 2007 erwartet die Regierung ein Wachstum von 2,3 Prozent und 470.000 Arbeitslose weniger. Auch mittelfristig sind die Prognosen bestens. Die Steuerquellen sprudeln und das Land erschöpft sich in einer Debatte um die Verteilung der Zuwächse. Auch das Ausland schaut mit neidischem Blick auf "good old Germany". In Frankreich gewinnt ein Konservativer die Wahl. Er kündigt Reformen nach deutschem Vorbild an. In England gar schreibt man vom neuen "Wirtschaftswunder der Deutschen" trotz ungünstiger Wechselkurse zum Dollar. Und auch die Gewerkschaften krepeln die Ärmel hoch. Sie können (berechtigterweise) aus den Zuwächsen Tarifabschlüsse erzielen, wie schon lange nicht mehr. Wenn Alt-Kanzler Schröder bei Vorträgen im Ausland die rhetorische Frage stellt, weshalb es Deutschland nun so gut gehe und anschließend selbst antwortet, weil nun Frau Merkel Kanzlerin ist, gibt es schallendes Gelächter des Publikums. Ihnen ist klar: Deutschlands heutiger Erfolg geht zurück auf eine mutige Reformpolitik, auf Gerhard Schröders Agenda 2010.

Rolf Schwanitz



## Gesetz im Zuständigkeitsbereich von Rolf Schwanitz verabschiedet

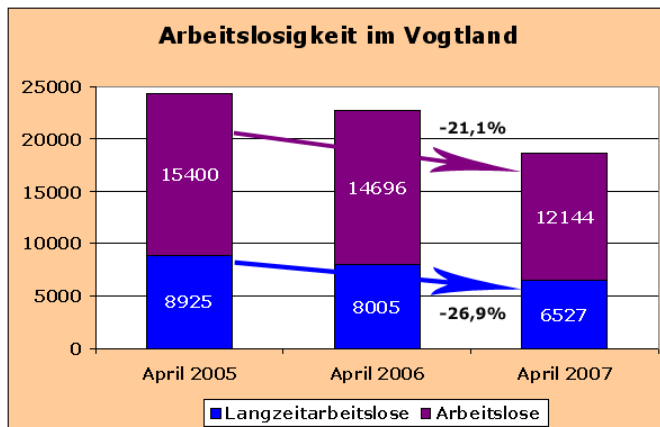
Der Deutsche Bundestag hat am 10. Mai das Gesetz zur Änderung medizinproduktrechtlicher und anderer Vorschriften verabschie-



Foto: PixelQuelle.de

det. Dieses im Zuständigkeitsbereich des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesgesundheitsministerium Rolf Schwanitz liegende Gesetz kann nun zum 30. Juni in Kraft treten. Mit dem Gesetz wird der praktische Vollzug des Medizinproduktegesetzes erleichtert und zudem der Patientenschutz verbessert. So unterliegen in Zukunft auch "Nichtmedizinprodukte", die als Medizinprodukte eingesetzt werden, sicherheits- und messtechnischen Kontrollen. Das kann z. B. ein Fahrradergometer sein, das ein Arzt für ein Belastungs-EKG einsetzt. Die nächsten

## Weniger Langzeitarbeitslose im Vogtland



### Im Vogtland sinkt auch die Langzeitarbeitslosigkeit

Im Vorfeld des 1. Mai berichtete die Regionalpresse über einen stetigen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit im Vogtland und dass der wirtschaftliche Aufschwung an den Langzeitarbeitslosen komplett vorbeigehe. Tatsächlich sind aber im Vogt-

land seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auch die Zahlen der Langzeitarbeitslosigkeit gesunken. Während es im April 2005 noch 8925 Langzeitarbeitslose gab, waren es ein Jahr später 8005 und im April 2007 6527. Das ist ein

Rückgang um 26,9 Prozent. Bei denjenigen, die weniger als 12 Monate ohne Arbeit waren, gab es im April 2005 noch 15400 Arbeitslose, im April 2006 14696 und im April 2007 12144. Dies entspricht einer Verringerung um 21,1 Prozent. Der Rückgang bei den Langzeitarbeitslosen fiel im Vogtland im Zweijahresvergleich sogar stärker aus. Natürlich stecken hinter den Rückgängen zahlreiche Einflussgrößen, insbesondere auch der Einsatz von Arbeitsgelegenheiten und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Von pauschalen Beschreibungen oder der These von einem Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit sollte man jedoch Abschied nehmen.

## Kurz gemeldet

### SPD-Kandidat Christoph Stölzel wird neuer Bürgermeister von Eichigt

Eichigt wählte am 6. Mai gleich im ersten Wahlgang einen neuen Bürgermeister: Christoph Stölzel. Die Flächengemeinde Eichigt liegt im Vogtland dort, wo die Grenzen von Sachsen, Tschechien und Bayern zusammen kommen. In dieser eher konservativ geprägten Ecke, ist die Wahl des SPD-Kandidaten Christoph Stölzel eine Sensation. Das Gespür, dass ein frischer Wind in der Gemeinde erwartet wird, der Bekanntheitsgrad als Journalist und ein engagierter Wahlkampf, ließ das Ergebnis gegenüber dem CDU-Kandidaten deutlich ausfallen. Bemerkenswert ist auch die vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung von 57,8 Prozent.

## Gesund älter werden

Im Rahmen des assoziierten Programms zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben das Bundesgesundheitsministerium, das Gesunde Städte-Netzwerk, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und der Deutsche Städtetag Ende April in Berlin das Symposium "Gesund älter werden in Städten und Regionen" durchgeführt. An Hand von Good-practice-Beispielen wurde dabei die Aufgabe der Kommunen zur Förderung eines gesunden Alterns thematisiert. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Rolf Schwanitz hob während des Symposiums vor allem Aspekte der Prävention hervor. Für ihn geht es darum, dass die Menschen sich mehr bewegen, damit sie gesünder bleiben. Die Kampagne "Bewegung und Gesundheit - 3000 Schritte extra" des Bundesministeriums für Gesundheit zeige,

dass die Menschen durchaus motiviert und aktiviert werden können, Bewegung in ihren Alltag zu integrieren. Schwanitz: "Prävention muss dort stattfinden, wo die Menschen wohnen, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Hier spielt die Kommune eine ganz entscheidende Rolle. Das Gesunde-Städte-Netzwerk zeigt bereits, wie man kommunale Gesundheitsprävention stärken kann."

Höhepunkt der Veranstaltung war die Vergabe des Gesunde-Städte-Preises 2007 an den Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit dem Projekt "Kommunales Netzwerk für Gesundheitsförderung und Lebensqualität im Alter", das Projekt "Bürgerinstitut – soziales Engagement in Frankfurt a.M." und das Kompetenzzentrum Haveland in Rathenow.



Rolf Schwanitz auf dem Symposium in Berlin

### EU-Kommission genehmigt deutsche Strukturfondsprogramme

Die EU-Kommission hat den deutschen Plan und seine Schwerpunkte im Rahmen der Kohäsionspolitik 2007-2013 genehmigt. In ihrem nationalen strategischen Rahmenplan (NSRP) legt die deutsche Regierung dar, wie sie die zur Verfügung gestellten EU-Finanzmittel in Höhe von 25,5 Milliarden Euro für Investitionen zur Förderung von Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den deutschen Regionen verwenden will. Außerdem wurde auch das deutsche EU-Strukturfondsprogramm für Sachsen im Zeitraum 2007-2013 genehmigt. Dabei handelt es sich um das finanziell bedeutendste Strukturfondsprogramm Deutschlands mit einer Beteiligung des EFRE in Höhe von 3,09 Milliarden Euro.

## Lebenshilfe Reichenbach e.V. besuchte Berliner Reichstagsgebäude

### Kurz gemeldet

#### SPD-Programmwerkstatt

Mit der Programmwerkstatt ([www.programmwerkstatt.spd.de](http://www.programmwerkstatt.spd.de)) gibt die SPD nicht nur Parteimitgliedern, sondern auch der Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich an der Ausrichtung des neuen SPD-Programms zu beteiligen. In der Programmwerkstatt können Internetuser zentrale Aussagen bzw. Thesen des Programmentwurfs - thematisch geordnet - bewerten. Jeder kann auch selber Thesen zum Programm formulieren und öffentlich zur Abstimmung stellen. Dadurch erhält die SPD ein Meinungsbild der Internetnutzer zu zentralen Themen und Thesen des Programmentwurfs. Diese Impulse für das neue Grundsatzprogramm sollen dann wiederum in die Arbeit der SPD-Programmkommission einfließen.

#### Nichtraucherschutz

Der Bundestag hat in 1. Lesung das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens beraten. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt erklärte dazu: "Deutschland wird zu einem Land mit konsequentem Nichtraucher-schutz. Das Gesetz ist ein wichtiger Baustein der Präventionsstrategie der Bundesregierung." Das "Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens" regelt ein grundsätzliches Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen des Bundes (Behörden, Dienststellen, Gerichte, bundesunmittelbare Körperschaften, Anstalten und Stiftungen), in Fahrzeugen des öffentlichen Personenverkehrs und in Bahnhöfen. Das Gesetz sieht ferner ein Abgabeverbot von Tabakprodukten an Jugendliche unter 18 Jahren vor.

Am 7. Mai besuchten 27 behinderte Mitarbeiter und drei Betreuer der Werkstatt der Lebenshilfe Reichenbach e.V. das Reichstagsgebäude in Berlin. Beeindruckt waren wir zunächst von der interessanten Architektur, die sehr transparent und bürgernah durch das viele Glas und den offenen und freundlichen Umgang mit den Besuchern wirkt. Beim Rundgang erfuhren wir viel Interessantes über das Gebäude und die Arbeit der Politiker. Leider bekamen wir von diesen keinen zu sehen. Bedauert haben wir auch, dass Herr Schwanitz uns nicht persönlich empfangen konnte. Sein Mitarbeiter Martin Busjahn stand uns jedoch für die eine oder andere etwas außergewöhnli-



che Frage zu Politik und Staatsmännern Rede und Antwort und glich das Fehlen von Herrn Schwanitz bravourös aus. Auf diesem Weg nochmals herzlichen Dank. Eine Schifffahrt rund um das Regierungsviertel rundete den insgesamt gelungenen Tag ab. Mit vielen Eindrücken im Gepäck kamen wir nach fünfstündiger Busfahrt wieder in Reichen-

bach an. Nach Berlin brachten wir Herrn Schwanitz eine Einladung unserer Einrichtung mit. Wir würden uns freuen, Herrn Schwanitz persönlich kennen zu lernen und ihn in der Lebenshilfe in Reichenbach begrüßen zu können.

*Der Werkstatttrakt der Werkstatt der Lebenshilfe Reichenbach*

## SPD feierte den 1. Mai

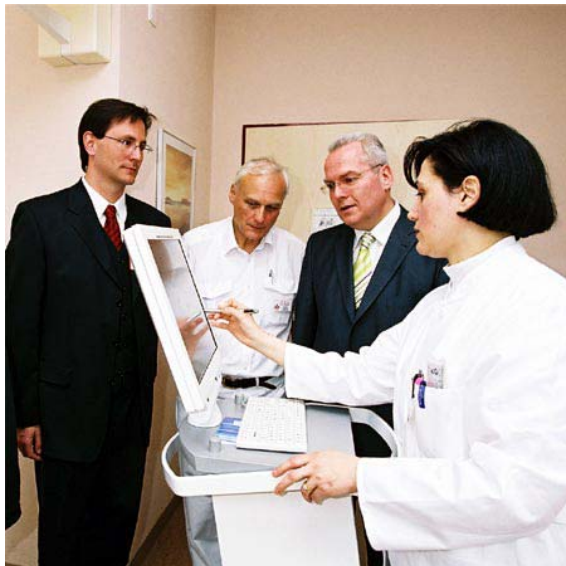
Der 1. Mai hat eine lange Tradition. Der Tag der Arbeit war immer ein Tag, an dem politische Forderungen gestellt wurden: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", der "Achtstundentag" oder ein "Verbot der Kinderarbeit". Viele dieser Forderungen wurden von Gewerkschaften und SPD gemeinsam durchgesetzt und sind heute eine Selbstverständlichkeit. Inzwischen glauben Teile der Gewerkschaften, ihre Ziele mit einem anderen Bündnispartner besser durchsetzen zu können und betrachten die SPD als ihren Gegner. Das hält die Sozialdemokraten aber nicht davon ab, gemeinsam mit den Gewerkschaften den 1. Mai zu begehen. Und so beteiligte sich die SPD auch in diesem Jahr an der DGB-Veranstaltung im Plauener Vogtlandgarten, sammelte Unterschriften für die Einführung eines Mindestlohns und betonte auf diese Weise die Gemeinsamkeiten.

Anschließend trafen sich die Sozialdemokraten im Gasthof Buchwald an der B173 im Biergarten. Hier gab es familiäre Atmosphäre, Willys Hausbier und eine politische Debatte zum Tag der Arbeit. Einig waren sich alle, dass sittenwidrige Löhne verboten werden sollten. Und natürlich soll derjenige, der voll arbeitet, auch von seiner Hände Arbeit leben können. Daher forderten die Genossen

zum 1. Mai einen Mindestlohn, bei welchem der Staat den Lohn subventioniert. Thematisiert wurde aber auch die Rente mit 67. Ältere müssen größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, denn sonst wird die Rente später einmal nicht mehr ausreichen. Und dass Frauen für gleiche Arbeit immer noch vielerorts weniger verdienen, ist eine Schande.



# Papierlose Visite gestartet



Bei der Vorführung des Visite-Terminals

Die Forderung der Gesundheitsreform nach mehr Effizienz im Krankenhaus hat die Elisabeth Klinik in Berlin angenommen und ging - als erstes Krankenhaus in Europa - mit dem Projekt "Papierlose Visite" den großen Schritt in die Zukunft des Krankenhausalltages. Das offizielle Startzeichen dafür gab kürzlich der Par-

lamen-tari-sche Staats-sekretär beim Bundesmi-nisterium für Ge-sund-heit, Rolf Schwa-nitz. Bei der "Pa-pierlo-sen Visite" werden Infor-mationen zum Patienten elektronisch direkt am Krankenbett verfügbar ge-macht. Doppelte Erfas-sungen wie bislang zu-nächst in der Patientenakte in Papierform und dann im Krankenhausinfor-mationssystem am PC fallen weg, und der administrative Auf-wand der Ärzteschaft und

in der Pflege verringert sich. Vom Patientenbett aus kann der Arzt auf das Kran-kenhausinformationssystem zugreifen und bereits wäh-rend der Visite Krankenge-schichte und Diagnose do-kumentieren sowie Leis-tungen erfassen. Rolf Schwa-nitz zeigte sich überzeugt davon, dass die papierlose Visite bald Standard im Krankenhausalltag werden wird und sagte: "Das Pro-jekt der papierlosen Visite ist ein Beispiel dafür, wie die Technik hilft, betriebsin-terne Abläufe zu verbes-tern. Es wird nicht nur die Wirtschaftlichkeit gesteig-ert, sondern vor allem wird auch die Versorgungs-qualität verbessert." Beson-ders freute sich Rolf Schwanitz über die Verwen-dung eines heimischen Pro-dukts im Visite-Terminal. Denn die voll desinfi-zierbare Tastatur wird von der Firma GETT Geräte-technik GmbH aus dem vogtländischen Treuen her-gestellt.

## Gastkommentar

### Wachsam gegen Rechts bleiben!

Wir Jusos sind sehr erfreut, dass die Stadt Plauen aus dem Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" Fördermittel erhalten wird. Die Arbeit gegen rechtsextreme Tendenzen in Plauen bekommt so einen finanziellen und personellen Hintergrund. So wurden bereits zwei Stellen, besetzt mit Teilnehmern des Freiwilligen Sozialen Jahres, für die Umsetzung des Programms zugesagt. Die Jusos Vogtland sind Mitbegründer des offenen Netzwerkes "Buntes Vogtland", an dem unter anderem auch der DGB Vogtland/Zwickau, das Plauener Jugendparlament und die Falken Vogtland mitwirken. Besonders im Rahmen dieses Netzwerkes können mit den neuen finanziellen Möglichkeiten konkrete Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Plauen realisiert werden. Die Gefahr, die von Neonazis ausgeht, wird leider zu häufig unterschätzt. Besonders in einigen Jugendklubs und Diskotheken kommt es des Öfteren zu Zusammenstößen mit Rechten. An vielen Schulen in Plauen wird die Aufklärung gegen Rechtsextremismus fast überhaupt nicht thematisiert. Für uns Jusos liegt besonders hier ein wichtiger Ansatz, rechtsextremen Tendenzen in der Spitzstadt entgegen zu wirken. Auch mit unserem Projekt „JusoStädteTour“ wollen wir in den Regionen des Vogtlandes mehr zum Thema aufklären.

Benjamin Zabel

Vorsitzender der Jusos Vogtland

## Ärgerthema: EU-Osterweiterung

Am 1. Mai 2007 jährte sich die bislang größte EU-Erweiterung bereits zum dritten Mal. Die im Vorfeld geschürten Ängste waren zahlreich: Von zu großen Risiken für Wirtschaft und Arbeitsmarkt war die Rede, von Dumpinglöhnen durch eine immense Zuwanderungswelle, von der insbesondere die Grenzregionen geradezu überrollt werden könnten. Die befürchtete Zuwanderungswelle blieb jedoch aus: Ende 2006 sank die Zahl der in Sachsen lebenden EU-Bürger sogar um 0,3 Prozent. Und auch wirtschaftlich profitiert Deutschland von der EU-Osterweiterung. So hat sich der Außenhandel zwischen Deutschland und den acht beigetretenen mittel- und

osteuropäischen Ländern nach der Erweiterung dynamisch entwickelt. Die Exporte Deutschlands in die Beitrittsländer sind von 56,2 Milliarden Euro im Jahr 2003 auf 64 Milliarden Euro im Jahr 2005 gestiegen, die Importe im gleichen Zeitraum von 55,3 auf 59 Milliarden Euro, damit hat der Import/Export bereits das Niveau des Handels mit den USA erreicht. Die befürchtete

Billiglohnkonkurrenz auf den Gütermärkten hat nur marginale Preisänderungen verursacht. In der Summe betrachtet, führt die EU-Osterweiterung zu erheblichen Gewinnen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt.



© Europäische Gemeinschaften, 1995-2005

